

8. XI. 1917

Die Lösung der polnischen Frage.

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen des Grafen Czernin.

Wien, 7. November.

Berliner Blätter bringen die allerdings noch der amtlichen Bestätigung entbehrende Mitteilung, daß in den Besprechungen zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden Kaiserreiche eine Einigung über das schwierige polnische Problem erzielt worden sei. Dieser Mitteilung zufolge soll das Königreich Polen zu Oesterreich in das Verhältnis einer Personalunion treten, der Kaiser von Oesterreich den Titel eines Königs von Polen annehmen und Galizien (gemeint ist wohl der polnische Teil Galiziens) mit dem wiedererstandenen Königreich in irgend einer Form vereinigt werden. Zum Ausgleich für diese Machterweiterung Oesterreichs solle Litauen und Kurland in ein ähnliches Verhältnis zu Preußen treten und der König von Preußen den Titel eines Großfürsten von Litauen und Herzogs von Kurland nehmen.

In Wiener unterrichteten Kreisen wird die Berliner Meldung mit ihren Einzelheiten als verfrüht bezeichnet, aber zugleich erklärt, daß in Berlin eine unzweifelhafte Wendung in der Auffassung der Versuche einer Lösung der polnischen Frage in dem Sinne Oesterreich-Ungarns und der Oesterreich-Ungarn austrebenden polnischen Kreise eingetreten ist. Es könne die Erwartung ausgesprochen werden, daß in absehbarer Zeit die Lösung der polnischen Frage in dieser Richtung erfolgen wird, eine Wendung, die in der Monarchie und in Kongreßpolen sowie bei den Polen der Monarchie viele Befriedigung auszulösen geeignet sein wird.

Eine solche Ordnung der Frage, wie sie die Berliner Blätter melden, entspräche im wesentlichen sicherlich den polnischen Aktivisten, d. i. jenen polnischen Parteien, welche das polnische Problem im Einvernehmen mit den Mittelmächten zu lösen wünschen. Widerspruch erhebt in Berlin die sozialistische Presse einerseits und die halaktische andererseits. Die Beweggründe beider Gruppen liegen auf der Hand. Aber schließlich wird sich der Zwang der Verhältnisse stärker erweisen als der Einspruch von Richtungen, die wohl groß im Regieren, aber nicht ebenso vermögend im positiven Schaffen sind.

Es darf hier wohl daran erinnert werden, daß eine ähnliche Regelung schon halb nach der Befreiung Polens durch die Armeen der Mittelmächte im Sommer 1915 angebahnt und im November 1915 bereits

durch weitgehende Abmachungen verbürgt war, aber dann durch den passiven Widerstand des Grafen Tisza und die mangelnde Aktivität Baron Burians so lange verschleppt wurde, bis im Frühjahr 1916 andere Lösungsmöglichkeiten zum Teile unter den Einwirkungen der Ereignisse an der wolhynischen Front in den Vordergrund der Erwägungen traten. Inzwischen haben sich in Budapest und Wien, aber auch in Berlin einige kleine Änderungen vollzogen; auch der deutsche Vormarsch bei Riga erleichterte ein Einvernehmen auf der erneuerten alten Grundlage.